

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Energiepolitik

Jens-Christian Magnussen: Die Untereiberegion braucht Entwicklungschancen

„Die wirtschaftlichen Entwicklungschancen der Untereiberegion dürfen nicht beeinträchtigt werden“, so Jens Christian Magnussen, MdL zu den jetzt bekannt gewordenen Plänen des Umweltministeriums zur Nachmeldung von sog. FFH – Flächen im Vorland Brunsbüttel / St. Margarethen. „Wenn die Landesregierung eine Ausweisung solcher Flächen in dieser gewachsenen Industrieregion wirklich für unabweisbar hält, dann haben die Menschen vor Ort auch einen berechtigten Anspruch auf Klarheit, was dies für die Zukunft der Wirtschaftsregion bedeutet. Deshalb müsse das zuständige Ministerium `schwarz auf weiß` belegen, wie die Zusage eingehalten werden soll, dass durch die geplante Ausweisung die Weiterentwicklung des Industriestandortes in keiner Weise beeinträchtigt werden würde. „Gerade nach den leidvollen Erfahrungen mit der Ausweisungspolitik der Vorgängerregierung haben die Menschen jetzt Anspruch auf Wahrheit, Klarheit und Berechenbarkeit. Dies muss durch das Ministerium in dem jetzt anstehenden Anhörungsverfahren geleistet werden, denn erst wenn alle Fakten nachprüfbar auf dem Tisch liegen darf eine abschließende Entscheidung erfolgen,“ so Jens Magnussen, MdL.

Enttäuscht zeigte sich Jens Magnussen, MdL auch mit den bekannt gewordenen Zwischenergebnissen der Koalitionsvereinbarungen in Berlin.

Die Laufzeiten der Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen Sicherheitsstandards jetzt doch nicht zu verlängern bedeute letztlich eine nicht unerhebliche Schwächung des Industriestandortes Brunsbüttel. Jens Magnussen erinnerte daran, welche wirtschaftliche Bedeutung die Stromerzeugung in Brunsbüttel für die Region aber auch das Land habe. Auch umweltpolitisch belegten neueste Gutachten die Unverzichtbarkeit von Kernkraftwerken für den Klimaschutz. Jens Magnussen: „Die wirtschaftliche Situation im Land und im Bund ist zu ernst, um aus offensichtlich rein ideologischen Gründen aus dieser Großtechnologie auszusteigen,“ so Jens Magnussen, der sich in diesem Sinne deshalb auch aktuell in schriftlicher Form an die kommende Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt hat.

Magnussen: Aus einer Technologie auszusteigen ohne eine adäquate Alternative zu haben, ist fahrlässig.